

**„Wirtschaft nachhaltig gestalten - Handlungsmöglichkeiten der Bundesländer“
Arbeitstagung der norddeutschen Eine Welt-Landesnetzwerke in Kooperation mit der
Außenstelle Nord von Engagement Global
Am 29.08.2019 in Hannover**

**Grußwort von Dr. Maria Flachsbarth, MdB
Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Althusmann,
sehr geehrte Damen und Herren,

Stellen Sie sich vor:

Sie dürften Ihren Sitzplatz bis heute um Mitternacht nicht mehr verlassen.

Wenn Sie auf die Toilette müssten, müssten Sie mich vorher fragen – eventuell würde ich Ihnen eine kurze Pause gewähren.

Essen und Trinken ist nicht erlaubt, und das Wasser aus dem Wasserhahn ist hochgiftig.

Natürlich erscheint ein solches Szenario hier im wunderschönen alten Rathaus von Hannover völlig absurd. In vielen Textilfabriken in Bangladesch und anderen Ländern ist all das aber immer noch Normalität: Die Arbeiterinnen dort nähen bis zu 16 Stunden am Stück an Jeans und T-Shirts, die wir dann hier für 10 oder 20 Euro kaufen können.

Solche Arbeitsbedingungen würden wir bei uns niemals akzeptieren. Aber wir kaufen Produkte, die so hergestellt wurden. Wie kann das sein?

Wir stehen vor gewaltigen Aufgaben; viele Probleme werden nicht kleiner, sondern größer:

Das gilt in der Textilproduktion ebenso wie bei anderen drängenden globalen Herausforderungen.

Wir wollen den Hunger in der Welt beenden. Aber: die Zahl der Hungernden steigt wieder, auf inzwischen 821 Mio.

Wir wollen ein gesundes Leben für alle. Aber: Epidemien melden sich zurück (z.B. Ebola im Kongo), neue kommen hinzu (z.B. Diabetes)

Wir wollen Umwelt und Biodiversität erhalten. Aber: Jährlich sterben 30.000 Arten aus.

Wir müssen das ändern, wenn unsere Erde ein lebenswerter Planet bleiben soll.

Und ich bin überzeugt: Wir können das ändern!

Den Kopf in den Sand stecken ist keine Option! Die Lösungsansätze sind vorhanden.

Die Agenda 2030 gibt die Ziele vor:

Mit den 17 SDGs gibt es erstmals für alle Staaten verbindliche Ziele, wie unser Planet lebenswert erhalten werden kann. Die Vereinbarung war 2015 ein großer Erfolg. 193 Staaten haben sich vor vier Jahren auf eine anspruchsvolle gemeinsame Agenda verständigt – allerdings wird es am Ende auf deren Umsetzung ankommen!

Beim SDG-Gipfel in knapp vier Wochen in New York setzt sich die Bundesregierung deshalb für eine ambitionierte Gipfelerklärung ein: Wir brauchen nachhaltige und faire Produktionsbedingungen, ein gerechtes globales Handelssystem und Antworten auf die globalen Herausforderungen in der

Energie- und Agrarpolitik! Und wir müssen **jetzt** handeln, wenn wir die SDGs noch erreichen wollen.

Dafür müssen wir gemeinsam Verantwortung übernehmen:

Reiche Staaten genauso wie arme Staaten;
Regierungen genauso wie Wirtschaft und Zivilgesellschaft;
Am Ende kommt es auf jeden Einzelnen an!

Es gilt, globale Ressourcen zu schützen, gerechte Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen und faire Spielregeln in der Weltwirtschaft zu schaffen:

Entscheiden wird sich die Zukunft in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Dort wächst die Bevölkerung am schnellsten. In Afrika wird sich die Bevölkerung bis 2050 verdoppeln. Daraus resultiert ein immenser Energiebedarf: bis 2040 wird sich dieser um 80 Prozent erhöhen. Zudem wird in Afrika in den nächsten zehn Jahren so viel gebaut wie in Europa in den vergangenen 100 Jahren. Aber, nachhaltige Entwicklung betrifft längst nicht mehr nur die sogenannten „Entwicklungsländer“. Auch Deutschland muss Verantwortung übernehmen, Lösungen mitentwickeln, vorangehen! Die heutige Veranstaltung stellt dabei zwei Akteursebenen in den Fokus: Zum einen die Bundesländer und Kommunen, zum anderen die Wirtschaft.

Noch vor ein paar Jahren kamen beide Ebenen in entwicklungspolitischen Debatten meist nur am Rande vor. Das hat sich grundlegend geändert – zu Recht!

Denn erstens: Ohne die Länder und Kommunen wird es keine wirksame Umsetzung der Agenda 2030 in Deutschland geben.

Ob die alltägliche Daseinsvorsorge nachhaltig gestaltet wird, ob die Bürgerinnen und Bürger ein Bewusstsein entwickeln für globale Zusammenhänge: Diese Fragen entscheiden sich nicht in der „großen Politik“ in Berlin, sondern auf lokaler Ebene.

Das Land Niedersachsen geht bei der Konkretisierung der Agenda 2030 voran: Nicht nur mit einer eigenen Nachhaltigkeitsstrategie seit 2017, die die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie auf Länderebene „übersetzt“; Oder über konkrete Partnerschaften mit Tansania und der südafrikanischen Partnerprovinz Eastern Cape; Sondern auch als Bundesland, das seine Kommunen nach Kräften dabei unterstützt, global nachhaltig zu wirken.

Denn gerade die Kommunen haben viele Hebel:

Von nachhaltiger Stadtplanung über CO₂-arme Mobilität bis hin zu direkten Städtepartnerschaften und natürlich auch: faire Beschaffung ohne Kinderarbeit!

Kommunen und kommunale Unternehmen bewegen in der Beschaffung jedes Jahr hunderte Milliarden Euro: Pflastersteine, Arbeitskleidung, Krankenhauswäsche – all das kann heute zertifiziert und fair beschafft werden. Ohne Kinderarbeit, zu guten Arbeits- und Umweltbedingungen.

Viele niedersächsische Kommunen engagieren sich bereits für die globalen Nachhaltigkeitsziele:

Schon elf Kommunen haben die Musterresolution Agenda 2030 unterzeichnet, um die SDGs auf lokaler Ebene umzusetzen.

Die Gemeinde Lamspringe war übrigens deutschlandweit die 100. Zeichnungskommune.

Und zwölf Städte und Gemeinden machen mit beim *Projekt „Global Nachhaltige Kommune in Niedersachsen“*, das Engagement Global im Auftrag des BMZ durchführt.

Mit etwas Stolz kann ich sagen, dass mit Pattensen auch eine Kommune aus meinem Wahlkreis im Rahmen dieses Projektes Strategien zur Verankerung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele auf kommunaler Ebene erarbeitet.

Ein ermutigendes Signal – es können aber sicher noch mehr werden, *liebe Frau Reddy*.

Auch unsere heutige Gastgeberstadt Hannover ist vorn mit dabei: ist 2018 mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet worden!

Und zweitens: Auch die Wirtschaft muss unbedingt in die Pflicht genommen werden, wenn die Agenda 2030 Erfolg haben soll!

Unternehmen tragen Verantwortung für die Einhaltung von Menschenrechten und sozialen und ökologischen Mindeststandards: Das ist spätestens seit der Verabschiedung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte 2011 allgemein akzeptiert.

Viele Unternehmen, auch hier in Niedersachsen, gehen noch weiter. Sie wollen aktiv globale Verantwortung wahrnehmen: Etwa die Hälfte der deutschen Textilbranche ist in unserem Textilbündnis für faire Löhne und Umweltschutz dabei. 160 giftige Chemikalien werden aus dem Produktionsprozess verbannt, in 5 Jahren sollen 70 % der Baumwolle nachhaltig sein, Kinderarbeit und sklavenartige Produktionsbedingungen sind ausgeschlossen.

Mit der Einführung des „Grünen Knopfs“ am kommenden Montag gehen wir den nächsten Schritt: Ein staatliches Siegel für sozial und ökologisch produzierte Textilien. Wir zeigen das es funktioniert!

Wir in Deutschland gehen bislang den Weg der Freiwilligkeit:

Anders als etwa Frankreich, das bereits verbindliche rechtliche Rahmen für unternehmerische Sorgfaltspflicht geschaffen hat.

Aber: Auch Freiwilligkeit muss Ergebnisse hervorbringen.

Menschenrechte sind nicht verhandelbar! Das muss auch in der Wirtschaft gelten. Wir brauchen deshalb beides: Freiwillige Vorreiter-Initiativen, aber auch eine Garantie für die Einhaltung von Mindeststandards.

Deshalb läuft jetzt die Überprüfung der Vereinbarungen aus dem „Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte“ von 2016. Große Unternehmen mit über 500 Mitarbeitern müssen jetzt zeigen, dass sie es ernst meinen: Menschenrechte müssen entlang der gesamten Lieferkette gewahrt werden. Wenn die Überprüfung zeigt, dass das nicht ausreichend funktioniert, werden wir gesetzgeberisch tätig!

Ich glaube, dass Freiwilligkeit funktionieren kann. Die letzten Jahre haben gezeigt: Immer mehr Unternehmen und immer mehr Kunden halten fair und nachhaltig für selbstverständlich.

Wir im BMZ arbeiten mit vielen niedersächsischen Unternehmen zusammen: Nicht nur in Initiativen wie dem Textilbündnis oder der Allianz für Klima und Entwicklung, sondern auch in konkreten Projekten zur Verbesserung der Lebensverhältnisse in unseren Partnerländern:

Die Symrise AG aus Holzminden setzt sich beispielsweise in Madagaskar gemeinsam mit dem BMZ für bessere Ausbildung und Beschäftigungsverhältnisse von Vanillebauern ein. Durch Diversifizierung werden Bäuerinnen und Bauern unabhängiger von Ernte und Klima.

Auch die Ostfriesische Teegesellschaft GmbH & Co. KG mit Sitz in Seevetal engagiert sich für Bäuerinnen und Bauern weltweit. Mit dem Projekt ‚Ethical Tea Partnership‘ setzen wir uns mit weiteren Partnern für faire Löhne von Kleinbauern und Kleinbäuerinnen in Ruanda und Malawi ein. Nicht zuletzt ist VW – als größtes Unternehmen Niedersachsens – global aktiv. Gemeinsam mit dem BMZ arbeitet VW z.B. in Ruanda daran, die Ausbildung von Kfz-Mechatronikerinnen und Mechatronikern zu verbessern.

Mein letzter Punkt ist das Bewusst sein in der Bevölkerung für die Nachhaltigkeitsziele. Obgleich der Grundgedanke der Agenda 2030 auf Zustimmung stößt, ist die Mehrheit nicht mit den 17 SDGs vertraut. Das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit hat in einer Umfrage ermittelt, dass rund 60 % der Bürgerinnen und Bürger im Sommer 2017 noch nichts davon gehört

haben. Und nur rund 10 % kannten den Begriff und gaben an zu wissen, um was es sich dabei handelt. Auffällig ist, dass sich diese Werte seit der Verabschiedung der Agenda 2030 im September 2015 nur wenig verändert haben.

Meine Damen und Herren

Die Herausforderungen sind groß, aber unsere Entschlossenheit ist größer!

Das BMZ geht dabei auf der politischen Ebene voran.

Mit den Ländern und Kommunen, mit der Wirtschaft, aber natürlich auch mit der Zivilgesellschaft haben wir starke Partner für mehr Nachhaltigkeit.

Gemeinsam können wir es schaffen, global nachhaltige Entwicklung Wirklichkeit werden zu lassen – und damit die Agenda 2030 zum Erfolg zu führen!